

Anfrage Caluori betreffend die Finanzierung der Spitalbeschulung

Im Zusammenhang der Totalrevision des Schulgesetzes im Jahre 2012 hat das EKUD am 9.6.2015 eine Departementsverfügung erlassen, welche die Gewährleistung und Kostenübernahme der Schulung und Förderung von Kindern im Kindergarten- und Schulalter bis zum Erreichen des 20. Altersjahrs in Spitälern im Kanton Graubünden, sowie in ausserkantonalen Spitälern und Kliniken ab 1.1.2016 neu regelt.

Mit der bisherigen Finanzierung, gestützt auf das kantonale Schulgesetz bzw. die kantonale Verordnung zum Schulgesetz (Art. 68) sowie des Behindertengesetzes, bezahlten die Gemeinden einen Tagesansatz pro Schultag von 21 Franken. Die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten lag bei 5 bzw. 10 Franken pro Aufenthaltstag, die Restkosten übernahm der Kanton. Neu werden, gemäss Departementsverfügung des EKUD, hospitalisierte Kinder nicht mehr als SonderschülerInnen, sondern als RegelschülerInnen betrachtet. Deshalb ist für die Beschulung der hospitalisierten Kinder die jeweilige Schulträgerschaft der Gemeinden zuständig. Den Gemeinden werden dadurch die Vollkosten pro Schultag verrechnet; d.h. eine Tagespauschale zwischen 110 bis 125 Franken.

Die Departementsverfügung, welche auf den 1.1.2016 in Kraft gesetzt wurde, wirft in der Umsetzung, mangels klarer gesetzlicher Grundlagen, etliche Fragen und Unsicherheiten auf, welche dringend geklärt werden müssen. Deshalb liegen den Departementen EKUD und DJSG seit Dezember 2015 entsprechende Schreiben des Kantonsspitals GR und der Kinder- und Jugendpsychiatrie GR vor, welche die heutige Problematik und die damit verbundene Verordnungs- oder Gesetzeslücke aufzeigen. Seit der Departementsverfügung vom 9.6.2015 besteht eine grosse Unsicherheit, insbesondere bei der Zuständigkeit betreffend Kompetenzen zur Auftragserteilung der Beschulung sowie der Rechnungsstellung zur Beschulung im Spital wie auch auf der psychiatrischen Jugendstation.

In einem gemeinsamen Antwortschreiben der Departemente EKUD und DJSG vom 31.3.2016 wurden unter anderen folgende Punkte festgehalten:

Schülerinnen und Schüler der Volksschule haben Anspruch auf Unterricht, welcher entweder zu Hause, in einer Klinik oder in einem Spital durchgeführt werden muss. Die Zuständigkeit für die Gewährleistung des Unterrichts (Entscheid, Organisation, Finanzierung) obliegt der Schulträgerschaft. Dabei stützt sich die Regierung auf Art. 11 und Art. 69 des Schulgesetzes ab. Dies würde also heissen, dass jede Gemeinde, jede Schulträgerschaft eigenständig entscheiden würde, wie und wo konkret ein Kind bei einer vorübergehenden Krankheit oder nach einem Unfall beschult werden soll und zu welchem Kostenrahmen.

Im Zusammenhang mit dem Anliegen betreffend Erlass einer Spitalschulverordnung schreibt die Regierung weiter:

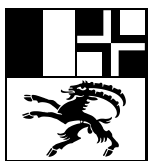
„Eine Sonderkompetenz, welche es den Spitalschulen erlauben würde, eigenständig über die Beschulung von hospitalisierten Regelschülern und Regelschülerinnen zu entscheiden, ist im Schulgesetz nicht vorgesehen.“

Die Unterzeichnenden stellen der Regierung folgende Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die grosse Unsicherheit in den Gemeinden sowie Spitalschulen betreffend Kompetenzen zur Auftragserteilung sowie zur Rechnungsstellung für die Beschulung während eines Aufenthaltes im Spital oder einer Klinik?
2. Ist die Regierung auch der Meinung, dass für alle Gemeinden eine einheitliche Regelung angestrebt werden muss, um die Beschulung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher in einem Spital, in einer Klinik oder einer kinder- und jugendpsychiatrischen Station inner- und ausserkantonale sicherzustellen?
3. Ist die Regierung bereit, eine klare, gesetzliche Grundlage zur Verpflichtung der Kostenübernahme zu schaffen?
4. Ist die Regierung bereit, eine Übergangsregelung auf Verordnungsstufe zu schaffen, bis die gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind?
5. Ist die Regierung bereit, eine Spitalschulverordnung analog zum Kanton Zürich zu prüfen?

Chur, 20. April 2016

Caluori, Bucher-Brini, Casty, Aebli, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Bleiker, Caduff, Cahenzli-Philipp, Casanova-Maron (Domat/Ems), Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Chur), Clalüna, Crameri, Danuser, Deplazes, Dosch, Engler, Fasani, Florin-Caluori, Gartmann-Albin, Geisseler, Gunzinger, Hardegger, Heiz, Holzinger-Loretz, Kollegger, Kunfermann, Lamprecht, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Pfenninger, Pult, Sax, Schutz, Stiffler (Davos Platz), Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Troncana-Sauer, Widmer-Spreiter, Wieland, Degiacomi, Derungs, Sigron, Tuor



Sitzung vom

28. Juni 2016

Mitgeteilt den

29. Juni 2016

Protokoll Nr.

622

Anfrage Caluori

betreffend die Finanzierung der Spitalbeschulung

Antwort der Regierung

Gestützt auf Art. 11 und Art. 69 des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden vom 21. März 2012 (Schulgesetz; BR 421.000) sind die jeweiligen Schulträgerschaften der zuständigen Gemeinden für den Unterricht von kranken und verunfallten Schulkindern der Regelschule zuständig. Gemäss Art. 6 der Verordnung zum Schulgesetz vom 25. September 2012 (Schulverordnung; BR 421.010) kann ein Kind auf Gesuch der Erziehungsberechtigten in begründeten Fällen in die Schule einer anderen Schulträgerschaft aufgenommen werden, wobei deren Schulrat über die Aufnahme sowie über das Schulgeld mit dem Einverständnis der abgebenden Schulträgerschaft entscheidet. In analoger Anwendung von Art. 6 der Schulverordnung setzt auch die temporäre Beschulung in einer Spitalschule die Beauftragung durch die zuständige Schulträgerschaft voraus. Die Umsetzung dieser Regelungen wird mit Departementsverfügung (DV) Nr. 2447 vom 9. Juni 2015 vom Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement (EKUD) genauer erläutert.

Nicht immer ist eine Beschulung von kranken und verunfallten Schulkindern gleich ab dem ersten Tag nach Spitaleintritt möglich oder nötig. Eine Übersicht des Amtes für Volksschule und Sport (AVS) zur Spitalschule des Kantonsspitals über die Jahre 2013 bis 2015 zeigt, dass von jährlich durchschnittlich rund 200 Kindern 96 % die Spitalschule zwischen 1 und 15 Schultagen besuchten (davon 82 % zwischen 1 und 4 Schultagen). Nur 4 % (durchschnittlich acht Kinder pro Jahr) wiesen mehr als 15 Schultage auf.

Krankheiten wie Grippe oder kleinere Unfälle können in der Regelschule vor Ort ebenfalls Absenzen von üblicherweise bis zu fünf Tagen oder länger zur Folge haben. In dieser Zeit erteilt in der Regel keine Schulträgerschaft den betroffenen Kindern Unterricht. Umgekehrt besteht auch von Seiten der Erziehungsberechtigten diesbezüglich kaum eine Erwartungshaltung. Im Weiteren können Schulträgerschaften Schülerinnen und Schüler gemäss Art. 28 des Schulgesetzes pro Schuljahr während maximal 15 Schultagen beurlauben. Während dieser Zeit findet üblicherweise

ebenfalls kein durch die Schulträger organisierter und finanzierter Unterricht statt. Daraus lässt sich ableiten, dass auch bei Spitalaufenthalten im Rahmen von bis zu 15 Tagen in der Regel keine Notwendigkeit für die Erteilung von Unterricht besteht.

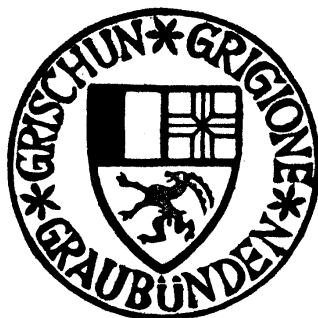
Zu Frage 1: Seit Erlass der DV Nr. 2447 vom 9. Juni 2015 des EKUD erfolgten beim AVS eine schriftliche und vier telefonische Anfragen von Schulträgerschaften zu Rechten, Pflichten und Kompetenzen im Zusammenhang mit der Spitalschulung. Von einer grossen Unsicherheit kann aufgrund dieser wenigen Anfragen deshalb nicht die Rede sein. Im Weiteren hat der Schulbehördenverband Graubünden mit Schreiben vom 18. April 2016 alle Schulträgerschaften über Fragen der Spitalschulung informiert.

Zu Frage 2: Die Regierung ist der Ansicht, dass mit den Vorgaben gemäss Schulgesetz, Schulverordnung sowie dem Erlass der DV Nr. 2447 vom 9. Juni 2015 durch das EKUD bezüglich Rechte, Pflichten und Kompetenzen klare gesetzliche Grundlagen bestehen. Der Bedarf für angemessenen Unterricht ist individuell sehr unterschiedlich und hat immer unter Beachtung des Lehrplans, der Bedürfnisse der einzelnen Schülerin bzw. des einzelnen Schülers sowie der Situation vor Ort zu erfolgen. Aus diesen Gründen sind aus Sicht der Regierung keine detaillierteren Regelungen notwendig. Aufgrund der geringen Anzahl der Betroffenen besteht kein Bedarf für eine einheitliche Regelung.

Zu Frage 3: Klare gesetzliche Grundlagen für die Kostenübernahme durch die Schulträgerschaften bestehen bereits. Die Kosten sind jedoch abhängig von den individuell benötigten Leistungen, welche für eine Schülerin oder einen Schüler im Falle einer Krankheit oder eines Unfalls zu erbringen sind. Die Schaffung von weiter gehenden gesetzlichen Grundlagen bzw. die Revision des Schulgesetzes ist aus Sicht der Regierung deshalb nicht notwendig.

Zu Frage 4: Für Übergangsregelungen auf Verordnungsstufe bestehen keine gesetzlichen Grundlagen.

Zu Frage 5: Auch für eine Spitalschulverordnung analog derjenigen des Kantons Zürich fehlt eine gesetzliche Grundlage.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Dumonda Caluori concernent la finanziaziun da la scolaziun en in ospital

En connex cun la revisiun totala da la lescha da scola l'onn 2012 ha il departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient (DECA) relaschà ils 9-6-2015 ina disposiziun dal departament che regla da nov a partir dal 1-1-2016 la garanzia e la surpigliada dals custs da la scolaziun e da la promoziun d'uffants da la vegliadetgna prescolara e scolara fin ch'els han cuntanschì la vegliadetgna da 20 onns, ch'èn en ospitals dal chantun Grischun sco er en ospitals ed en clinics ordaifer il chantun.

Cun la finanziaziun vertenta che sa basa sin la lescha chantunala da scola resp. sin l'ordinaziun chantunala tar la lescha da scola (art. 68) sco er sin la lescha d'impedids han las vischnancas pajà ina tariffa da 21 francs per di da scola. La participaziun als custs da las persunas cun la pussanza dals geniturs importava 5 resp. 10 francs per di da dimora, il rest dals custs ha surpiglià il chantun. Da nov na vegnan – tenor la disposiziun dal DECA – uffants ospitalisads betg pli resguardads sco scolars da la scola speziala, mabain sco scolars da la scola regulara. Per la scolaziun dals uffants ospitalisads è perquai cumpetenta l'instituziun ch'è responsabla per la scola da la vischnanca respectiva. A las vischnancas vegnan uschia mess a quint ils custs cumplains per di da scola, q.v.d. ina pauschala tranter 110 e 125 francs per di.

La disposiziun dal departament ch'è vegnida messa en vigur il 1-1-2016 chaschuna areguard la realisaziun, en mancanza d'ina clera basa legala, differentas dumondas e malsegirezzas che ston vegnir scleridas urgentamain. Correspundentamain han l'ospital chantunal dal Grischun e la psichiatria d'uffants e da giuvenils dal Grischun drizzà il december 2015 lur brevs al DECA ed al departament da giustia, segirezza e sanadad (DGSS) che mussan la problematica actuala e la largia en l'ordinaziun u en la lescha ch'è colliada cun quai. Dapi la disposiziun dal departament dals 9-6-2015 datti ina gronda malsegirezza, spezialmain areguard la cumpetenza da dar l'incumbensa per la scolaziun sco er da tschentar quint per la scolaziun en l'ospital sco er en la staziun da giuvenils da la psichiatria.

En ina brev da resposta cuminaivla dal DECA e dal DGSS dals 31-3-2016 èn vegnids menziunads tranter auter ils suandants puncts:

Scolaras e scolars da la scola populara han il dretg da vegnir instruids. Questa instrucziun sto avoir lieu a chasa, en ina clinica u en in ospital. La cumpetenza per garantir l'instrucziun (decisiun, organisaziun, finanziaziun) è chausa da l'instituziun responsabla per la scola. En quest connex sa basa la regenza sin ils art. 11 e 69 da la lescha da scola. Quai muntass che mintga vischnanca, mintga instituziun responsabla per la scola decidess autonomamain, co e nua concret ch'in uffant duai vegnir scolà, sch'el è malsaun u ha gi in accident, e quant grond ch'il rom finanziel è per quai.

En connex cun il giavisch areguard il relasch d'ina ordinaziun davart la scolaziun en in ospital scriva la regenza plinavant:

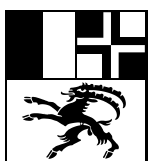
"Ina cumpetenza speziala che permettes a las scolas d'ospital da decider autonomamain davart la scolaziun da las scolaras e dals scolars da la scola regulara ch'èn ospitalisads n'è betg prevista en la lescha da scola."

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders tschentan las suandantas dumondas a la regenza:

1. Co giuditgescha la regenza la gronda malsegirezza en las vischnancas sco er en las scolas d'ospital areguard la cumpetenza da dar l'incumbensa sco er da tschentar quint per la scolaziun durant ina dimora en l'ospital u en ina clinica?
2. È er la regenza da l'opiniun ch'i sto vegnir prendida en mira ina regulaziun unitara per tut las vischnancas per garantir la scolaziun dals uffants e dals giuvenils ch'èn obligads d'ir a scola e che sa chattan en in ospital, en ina clinica u en ina staziun da la psichiatria d'uffants e da giuvenils entaifer ed ordaifer il chantun?
3. È la regenza pronta da stgaffir ina clera basa legala che regla l'obligaziun da surpigliar ils custs?
4. È la regenza pronta da stgaffir ina regulaziun transitorica sin il stgalim d'ina ordinaziun fin che la basa legala è avant maun?
5. È la regenza pronta d'examinar in'ordinaziun davart la scolaziun en in ospital sco ch'il chantun Turitg ha?

Cuira, ils 20 d'avrigl 2016

Caluori, Bucher-Brini, Casty, Aebli, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Bleiker, Caduff, Cahenzli-Philipp, Casanova-Maron (Domat), Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Cuira), Clalüna, Crameri, Danuser, Deplazes, Dosch, Engler, Fasani, Florin-Caluori, Gartmann-Albin, Geisseler, Gunzinger, Hardegger, Heiz, Holzinger-Loretz, Kollegger, Kunfermann, Lamprecht, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Pfenninger, Pult, Sax, Schutz, Stiffler (Tavau Platz), Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Troncana-Sauer, Widmer-Spreiter, Wieland, Degiacomi, Derungs, Sigron, Tuor



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

28 da zercladur 2016

29 da zercladur 2016

622

Dumonda Caluori

concernent la finanziaziun da la scolaziun en in ospital

Resposta da la regenza

Sa basond sin ils art. 11 e 69 da la lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun dals 21 da mars 2012 (lescha da scola; DG 421.000) han ils purtaders da scola respectivs da las vischnancas cumpetentas la responsabladad per l'instrucziun da scolaras e scolars da la scola regulara ch'èn malsauns u che han in accident. Tenor l'art. 6 da l'ordinaziun tar la lescha da scola dals 25 da settember 2012 (ordinaziun da scola; DG 421.010) po in uffant vegnir admess – en cas motivads – a la scola d'in auter purtader da scola, sche las personas responsablas per l'educaziun dumondan quai. En quest cas decida il cussegl da scola da l'auter purtader davart l'admissiun sco er davart ils daners da scola, e quai cun il consentiment dal purtader da scola cedent. En applicaziun analoga da l'art. 6 da l'ordinaziun da scola premetta er l'instrucziun temporara en ina scola d'ospital ch'il purtader da scola cumpetent dettia ina incumbensa respectiva. La realisaziun da questas regulaziuns vegn declerada pli exactamain en la disposiziun dal departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient (DECA) nr. 2447 dals 9 da zercladur 2015.

Betg adina n'èsi pussaivel u necessari d'instruir scolaras e scolars ch'èn malsauns u che han in accident gist a partir da l'emprim di suenter l'entrada en l'ospital. Ina survista da l'uffizi per la scola populara ed il sport (USS) davart la scola da l'ospital chantunal durant ils onns 2013 fin 2015 mussa che 96 % da var 200 uffants en media per onn han frequentà la scola da l'ospital tranter 1 e 15 dis da scola (82 % dad els tranter 1 e 4 dis da scola). Mo 4 % (en media otg uffants per onn) han già dapli che 15 dis da scola.

Malsognas sco la grippe u accidents pli pitschens pon medemamain chaschunar absenzas da normalmain fin a 5 dis u dapli en la scola regulara al lieu. Durant quest temp n'instrueschan per regla nagins purtaders da scola ils uffants pertutgads. Cuntrari n'exista er da vart da las personas responsablas per l'educaziun strusch in'aspectativa en quest regard. Tenor l'art. 28 da la lescha da scola pon ils purtaders da scola plinavant dar congedi a las scolaras ed als scolars durant maximalmain 15 dis da scola per onn da scola. Durant quest temp n'ha normalmain er lieu

nagina instrucziun organisada e finanziada tras ils purtaders da scola. Da quai pon ins deducir ch'i n'exista per regla er en cas da dimoras a l'ospital d'ina durada da fin a 15 dis nagina necessitad d'instrucziun.

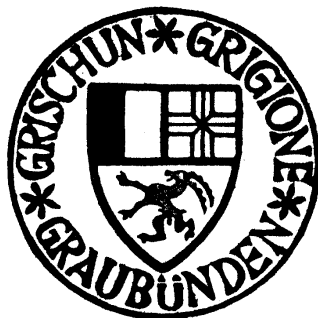
Tar la dumonda 1: Dapi il relasch da la disposiziun dal DECA nr. 2447 dals 9 da zercladur 2015 ha il USS survegnì ina dumonda en scrit e quatter dumondas per telefon da purtaders da scola davart dretgs, obligaziuns e cumpetenzas en connex cun l'instrucziun a l'ospital. D'ina gronda intschertezza na poi pia betg vegnir discurre sin fundament da quest pitschen dumber da dumondas. Plinavant ha l'associaziun dals cussegls da scola dal Grischun infurmà – cun la brev dals 18 d'avrigl 2016 – tut ils purtaders da scola davart dumondas en connex cun l'instrucziun a l'ospital.

Tar la dumonda 2: La regenza è da l'avis che las basas giuridicas sajan cleras areguard ils dretgs, las obligaziuns e las cumpetenzas grazia a las prescripziuns da la lescha da scola e da l'ordinaziun da scola sco er al relasch da la disposiziun dal DECA nr. 2447 dals 9 da zercladur 2015. Il basegn per ina instrucziun adequata è individualmain fitg different, e l'instrucziun sto adina avair lieu resguardond il plan d'instrucziun, ils basegns da la singula scolara u dal singul scolar sco er la situaziun al lieu. Per quests motivs na dovri naginas regulaziuns pli detagliadas ord vista da la regenza. Perquai che mo paucas persunas èn pertutgadas, n'exista nagin basegn per ina regulaziun unitara.

Tar la dumonda 3: Basas giuridicas cleras per la surpigliada dals custs tras ils purtaders da scola existan gia. Ils custs dependan dentant da las prestaziuns individualas necessarias che ston vegnir furnidas per ina scolara u in scolar en cas d'ina malso-gna u d'in accident. Da stgaffir basas giuridicas supplementaras resp. da reveder la lescha da scola n'è perquai betg necessari ord vista da la regenza.

Tar la dumonda 4: Per regulaziuns transitoricas sin il stgalim d'ina ordinaziun n'existan naginas basas giuridicas.

Tar la dumonda 5: Er per in'ordinaziun davart l'instrucziun a l'ospital analogamain a quella dal chantun Turtig manca ina basa giuridica.



En num da la regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Chr. Rathgeb

Dr. C. Riesen

Interpellanza Caluori concernente il finanziamento dell'istruzione in ospedale

In relazione alla revisione totale della legge scolastica nel 2012, il 9.6.2015 il DECA ha emanato una decisione dipartimentale che, dall'1.1.2016, sottopone a una nuova disciplina la garanzia e l'assunzione dei costi di istruzione e promozione di bambini a partire dalla scuola dell'infanzia fino al compimento del 20° anno d'età degenti in ospedali del Cantone dei Grigioni, nonché in ospedali e cliniche fuori Cantone.

Con il precedente finanziamento basato sulla legge scolastica e sull'ordinanza scolastica cantonale (art. 68) nonché sulla legge sugli andicappati, i comuni pagavano un'aliquota giornaliera per giorno di scuola pari a 21 franchi. La partecipazione ai costi dei titolari dell'autorità parentale era di 5 o 10 franchi per giorno di degenza, le spese residue erano a carico del Cantone. A titolo di novità, stando alla decisione dipartimentale del DECA, i bambini ricoverati in ospedale non sono più considerati allievi di scuola speciale, bensì allievi di scuola regolare. Perciò, l'istruzione scolastica dei bambini ricoverati in ospedale è di competenza del rispettivo ente scolastico comunale. Ai comuni vengono quindi fatturati tutti i costi per giorno di scuola, vale a dire una forfetaria giornaliera compresa tra 110 e 125 franchi.

A seguito della mancanza di chiare basi legislative, l'applicazione della decisione dipartimentale posta in vigore con effetto all'1.1.2016 provoca numerose domande e incertezze che devono essere urgentemente chiarite. Perciò, da dicembre 2015 i dipartimenti DECA e DGSS sono in possesso di corrispondenti lettere dell'ospedale cantonale dei Grigioni e di Psichiatria infantile e giovanile dei Grigioni che illustrano la problematica attuale e la relativa lacuna esistente a livello di ordinanza o di legge. Da quando è stata emanata la decisione dipartimentale del 9.6.2015 vi è grande incertezza in particolare per quanto riguarda la competenza per il conferimento del mandato di istruzione scolastica nonché la fatturazione delle spese per l'istruzione scolastica impartita in ospedale o anche presso il reparto di psichiatria infantile.

In una risposta comune dei dipartimenti DECA e DGSS del 31.3.2016 si osserva tra l'altro quanto segue:

Gli allievi della scuola popolare hanno diritto all'insegnamento, che deve essere impartito a casa, in clinica o in ospedale. La competenza per la garanzia dell'insegnamento (decisione, organizzazione, finanziamento) spetta all'ente scolastico. Il Governo si basa sugli art. 11 e 69 della legge scolastica. Questo significherebbe quindi che ogni comune, ogni ente scolastico, deciderebbe autonomamente come e quando concretamente un bambino debba ricevere un'istruzione scolastica in caso di malattia temporanea o a seguito di un infortunio ed entro quali limiti di spesa.

In relazione alla richiesta relativa all'emanazione di un'ordinanza concernente l'istruzione scolastica in ospedale il Governo scrive inoltre:

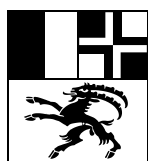
"La legge scolastica non prevede una competenza speciale che consenta alle scuole degli ospedali di decidere autonomamente in merito all'istruzione scolastica di allievi di scuola regolare ricoverati."

Le firmatarie e i firmatari pongono al Governo le seguenti domande:

1. Come valuta il Governo la grande incertezza esistente nei comuni e presso le scuole degli ospedali riguardo alle competenze per il conferimento del mandato nonché alla fatturazione delle spese per l'istruzione scolastica durante una degenza in ospedale o in una clinica?
2. Anche il Governo ritiene che si debba mirare a una regolamentazione uniforme per tutti i comuni, al fine di garantire l'istruzione scolastica di tutti i bambini e gli adolescenti in età scolastica degenti in un ospedale, in una clinica o in un reparto di psichiatria infantile e giovanile nel Cantone o fuori Cantone?
3. Il Governo è disposto a creare una chiara base legislativa che obblighi all'assunzione dei costi?
4. Il Governo è disposto a creare una regolamentazione transitoria a livello di ordinanza, che dovrà valere fino a quando saranno pronte le basi legislative?
5. Il Governo è disposto a esaminare la possibilità di emanare un'ordinanza concernente l'istruzione scolastica in ospedale analoga a quella in vigore nel Cantone di Zurigo?

Coira, 20 aprile 2016

Caluori, Bucher-Brini, Casty, Aebli, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Bleiker, Caduff, Cahenzli-Philipp, Casanova-Maron (Domat/Ems), Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Coira), Clalüna, Cramer, Danuser, Deplazes, Dosch, Engler, Fasani, Florin-Caluori, Gartmann-Albin, Geisseler, Gunzinger, Hardegger, Heiz, Holzinger-Loretz, Kollegger, Kunfermann, Lamprecht, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Pfenninger, Pult, Sax, Schutz, Stiffler (Davos Platz), Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Troncana-Sauer, Widmer-Spreiter, Wieland, Degiacomi, Derungs, Sigron, Tuor



Seduta del

Comunicata il

Protocollo n.

28 giugno 2016

29 giugno 2016

622

Interpellanza Caluori

concernente il finanziamento dell'istruzione in ospedale

Risposta del Governo

In base all'art. 11 e all'art. 69 della legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni del 21 marzo 2012 (legge scolastica; CSC 421.000), i rispettivi enti scolastici dei comuni sono competenti per l'istruzione di allievi di scuola regolare malati o infortunati. Conformemente all'art. 6 dell'ordinanza relativa alla legge scolastica del 25 settembre 2012 (ordinanza scolastica; CSC 421.010), su richiesta dei titolari dell'autorità parentale, in casi motivati un bambino può essere ammesso nella scuola di un altro ente scolastico; il consiglio scolastico di quest'ultimo decide in merito all'ammissione e alla tassa scolastica, con il consenso dell'ente scolastico di origine. Applicando per analogia l'art. 6 dell'ordinanza scolastica, anche l'istruzione scolastica temporanea nella scuola di un ospedale presuppone un incarico da parte dell'ente scolastico competente. L'attuazione di queste regolamentazioni viene spiegata più in dettaglio nella decisione dipartimentale (DD) n. 2447 del 9 giugno 2015 emanata dal Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente (DECA).

Non sempre un'istruzione scolastica di bambini malati e infortunati è possibile o necessaria sin dal primo giorno di degenza ospedaliera. Da un riassunto dell'Ufficio per la scuola popolare e lo sport (USPS) relativo alla scuola dell'Ospedale cantonale negli anni 2013 – 2015 risulta che in media, ogni anno, il 96 % di circa 200 bambini ricoverati ha frequentato la scuola dell'ospedale per un periodo compreso tra 1 e 15 giorni di scuola (di questi l'82 % tra 1 e 4 giorni di scuola). Solo il 4 % (in media otto bambini all'anno) ha seguito questa scuola per oltre 15 giorni.

Anche malattie quali l'influenza oppure piccoli infortuni possono comportare assenze dalla scuola regolare per periodi che possono raggiungere i cinque giorni o anche più. Di norma, in questo periodo nessun ente scolastico impartisce lezioni ai bambini in questione. Inversamente, nemmeno i titolari dell'autorità parentale manifestano in genere aspettative a questo proposito. Inoltre, conformemente all'art. 28 della legge scolastica, gli enti scolastici possono concedere agli allievi congedi per un massimo di 15 giorni di scuola per ogni anno scolastico. Abitualmente in questo periodo non vi è nemmeno un insegnamento organizzato e finanziato dagli enti scolastici. Se ne

può dedurre che anche nel caso di degenze ospedaliere per un periodo fino a 15 giorni non sia di norma necessaria un'istruzione scolastica.

In merito alla domanda 1: dall'emanazione della DD n. 2447 del 9 giugno 2015 da parte del DECA, l'USPS ha ricevuto una richiesta scritta e quattro richieste telefoniche da parte di enti scolastici in merito a diritti, doveri e competenze in relazione all'istruzione scolastica in ospedale. Sulla base di queste poche richieste non si può perciò parlare di grande incertezza. Inoltre, con scritto del 18 aprile 2016, l'Associazione delle autorità scolastiche dei Grigioni ha informato tutti gli enti scolastici in merito a questioni concernenti la frequenza scolastica in ospedale.

In merito alla domanda 2: il Governo ritiene che con le direttive conformemente alla legge scolastica e all'ordinanza scolastica, nonché con l'emanazione della DD n. 2447 del 9 giugno 2015 da parte del DECA esistano chiare basi legislative relative ai diritti, ai doveri e alle competenze. La necessità di un'istruzione adeguata varia molto da un individuo all'altro e l'istruzione deve sempre essere fornita tenendo conto del programma d'insegnamento, delle esigenze del singolo allievo e della situazione in loco. Per questa ragione, il Governo ritiene che non siano necessarie regolamentazioni dettagliate. A seguito dello scarso numero di interessati, non vi è bisogno di una regolamentazione uniforme.

In merito alla domanda 3: esistono già chiare basi legislative relative a un'assunzione dei costi da parte degli enti scolastici. I costi dipendono tuttavia dalle prestazioni individuali che devono essere fornite a un allievo in caso di malattia o infortunio. Secondo il Governo, non è perciò necessario creare ulteriori basi legislative o procedere alla revisione della legge scolastica.

In merito alla domanda 4: non esistono le basi legislative per regolamentazioni transitorie a livello di ordinanza.

In merito alla domanda 5: manca una base legislativa anche per un'ordinanza concernente l'istruzione scolastica in ospedale analoga a quella in vigore nel Cantone di Zurigo.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen